

I. Allgemeine Bestimmungen

1. Für die Rechtsbeziehungen zwischen Lieferer und Besteller im Zusammenhang mit den Lieferungen und/ oder Leistungen des Lieferers (im Folgenden: Lieferungen) gelten ausschließlich diese GL. Allgemeine Geschäftsbedingungen des Bestellers gelten nur insoweit, als der Lieferer ihnen ausdrücklich schriftlich zugestimmt hat. Für den Umfang der Lieferungen sind die beiderseitigen übereinstimmenden schriftlichen Erklärungen maßgebend.

2. An Kostenvorschlägen, Zeichnungen und anderen Unterlagen (im Folgenden: Unterlagen) behält sich der Lieferer seine eigentums- und urheberrechtlichen Verwertungsrechte uneingeschränkt vor. Die Unterlagen dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Lieferers Dritten zugänglich gemacht werden und sind, wenn der Auftrag dem Lieferer nicht erteilt wird, diesem auf Verlangen unverzüglich zurückzugeben. Die Sätze 1 und 2 gelten entsprechend für Unterlagen des Bestellers; diese dürfen jedoch solchen Dritten zugänglich gemacht werden, denen der Lieferer zulässigerweise Lieferungen übertragen hat.

3. Vorliegende Beleuchtungsdokumentationen basieren auf der uns zur Verfügung gestellten Bauzeichnung. lxpro GmbH übernimmt dabei weder eine Kollisionsprüfung, noch ist das Unternehmen zu einer Überprüfung der Richtig- bzw. der Vollständigkeit verpflichtet. Das bedeutet, dass sämtliche Maße an Ort und Stelle kontrolliert werden müssen. Die montierenden Firmen haben etwaige Abweichungen der Bauleitung des Auftraggebers zu melden. Unstimmigkeiten müssen zwischen den Monteuren und der Bauleitung abgeklärt werden. Diese Dokumentation gilt nicht als Ausführungsplanung.

Das Beleuchtungskonzept ist das geistige Eigentum der Firma lxpro GmbH. Seine Urheberschaft ist rechtlich geschützt. Das Konzept darf ohne die ausdrückliche, schriftliche Genehmigung der lxpro GmbH nicht kopiert oder in einer sonstigen Art und Weise vervielfältigt werden. Darüber hinaus ist es untersagt, es ohne die vorherige Zustimmung durch die lxpro GmbH Dritten in irgendeiner Form zugänglich zu machen.

Die Traglast der bauseitigen Deckenkonstruktion muss für die Produkte der Firma lxpro GmbH geeignet sein. Die notwendigen Informationen dazu finden sich in der Montageanleitung. Der Auftraggeber trägt die Verantwortung dafür, dies zu überprüfen. Der beauftragte Installateur übernimmt die sachgerechte Ausrichtung der verwendeten Leuchten.

4. An Standardsoftware und Firmware hat der Besteller das nicht ausschließliche Recht zur Nutzung mit den vereinbarten Leistungsmerkmalen in unveränderter Form auf den vereinbarten Geräten. Der Besteller darf ohne ausdrückliche Vereinbarung eine Sicherungskopie der Standardsoftware erstellen.

5. Teillieferungen sind zulässig, soweit sie dem Besteller zumutbar sind.

6. Der Begriff „Schadensersatzansprüche“ in diesen GL umfasst auch Ansprüche auf Ersatz vergeblicher Aufwendungen.

II. Preise, Zahlungsbedingungen und Aufrechnung

1. Die Preise verstehen sich ab Werk ausschließlich Verpackung zuzüglich der jeweils geltenden gesetzlichen Umsatzsteuer.

2. Hat der Lieferer die Aufstellung oder Montage übernommen und ist nicht etwas anderes vereinbart, so trägt der Besteller neben der vereinbarten Vergütung alle erforderlichen Nebenkosten wie Reise- und Transportkosten sowie Auslösungen.

3. Zahlungen sind frei Zahlstelle des Lieferers zu leisten.

4. Der Besteller kann nur mit solchen Forderungen aufrechnen, die unbestritten oder rechtskräftig festgestellt sind.

III. Eigentumsvorbehalt

1. Die Gegenstände der Lieferungen (Vorbehaltsware) bleiben Eigentum des Lieferers bis zur Erfüllung sämtlicher ihm gegen den Besteller aus der Geschäftsverbindung zustehenden Ansprüche. Soweit der Wert aller Sicherungsrechte, die dem Lieferer zustehen, die Höhe aller gesicherten

Ansprüche um mehr als 20% übersteigt, wird der Lieferer auf Wunsch des Bestellers einen entsprechenden Teil der Sicherungsrechte freigeben; dem Lieferer steht die Wahl bei der Freigabe zwischen verschiedenen Sicherungsrechten zu.

2. Während des Bestehens des Eigentumsvorbehalts ist dem Besteller eine Verpfändung oder Sicherungsübereignung untersagt und die Weiterveräußerung nur Wiederverkäufern im gewöhnlichen Geschäftsgang und nur unter der Bedingung gestattet, dass der Wiederverkäufer von seinem Kunden Bezahlung erhält oder den Vorbehalt macht, dass das Eigentum auf den Kunden erst übergeht, wenn dieser seine Zahlungsverpflichtungen erfüllt hat.

3. Veräußert der Besteller Vorbehaltsware weiter, so tritt er bereits jetzt seine künftigen Forderungen aus der Weiterveräußerung gegen seine Kunden mit allen Nebenrechten - einschließlich etwaiger Saldoforderungen - sicherungshalber an den Lieferer ab, ohne dass es weiterer besonderer Erklärungen bedarf. Wird die Vorbehaltsware zusammen mit anderen Gegenständen weiter veräußert, ohne dass für die Vorbehaltsware ein Einzelpreis vereinbart wurde, so tritt der Besteller denjenigen Teil der Gesamtpreisforderung an den Lieferer ab, der dem vom Lieferer in Rechnung gestellten Preis der Vorbehaltsware entspricht.

4. a) Dem Besteller ist es gestattet, die Vorbehaltsware zu verarbeiten oder mit anderen Gegenständen zu vermischen oder zu verbinden. Die Verarbeitung erfolgt für den Lieferer. Der Besteller verwahrt die dabei entstehende neue Sache für den Lieferer mit der Sorgfalt eines ordentlichen Kaufmanns. Die neue Sache gilt als Vorbehaltsware.

b) Lieferer und Besteller sind sich bereits jetzt darüber einig, dass bei Verbindung oder Vermischung mit anderen, nicht dem Lieferer gehörenden Gegenständen dem Lieferer in jedem Fall Miteigentum an der neuen Sache in Höhe des Anteils zusteht, der sich aus dem Verhältnis des Wertes der verbundenen oder vermischten Vorbehaltsware zum Wert der übrigen Ware zum Zeitpunkt der Verbindung oder Vermischung ergibt. Die neue Sache gilt insoweit als Vorbehaltsware.

c) Die Regelung über die Forderungsabtretung nach Nr. 3 gilt auch für die neue Sache. Die Abtretung gilt jedoch nur bis zur Höhe des Betrages, der dem vom Lieferer in Rechnung gestellten Wert der verarbeiteten, verbundenen oder vermischten Vorbehaltsware entspricht.

d) Verbindet der Besteller die Vorbehaltsware mit Grundstücken oder beweglichen Sachen, so tritt er, ohne dass es weiterer besonderer Erklärungen bedarf, auch seine Forderung, die ihm als Vergütung für die Verbindung zusteht, mit allen Nebenrechten sicherungshalber in Höhe des Verhältnisses des Wertes der verbundenen Vorbehaltsware zu den übrigen verbundenen Waren zum Zeitpunkt der Verbindung an den Lieferer ab.

5. Bis auf Widerruf ist der Besteller zur Einziehung abgetretener Forderungen aus der Weiterveräußerung befugt. Bei Vorliegen eines wichtigen Grundes, insbesondere bei Zahlungsverzug, Zahlungseinstellung, Eröffnung eines Insolvenzverfahrens, Wechselprotest oder begründeten Anhaltspunkten für eine Überschuldung oder drohende Zahlungsunfähigkeit des Bestellers, ist der Lieferer berechtigt, die Einziehungsermächtigung des Bestellers zu widerrufen. Außerdem kann der Lieferer nach vorheriger Androhung unter Einhaltung einer angemessenen Frist die Sicherungsabtretung offenlegen, die abgetretenen Forderungen verwerten sowie die Offenlegung der Sicherungsabtretung durch den Besteller gegenüber dem Kunden verlangen.

6. Bei Pfändungen, Beschlagnahmen oder sonstigen Verfügungen oder Eingriffen Dritter hat der Besteller den Lieferer unverzüglich zu benachrichtigen. Bei Glaubhaftmachung eines berechtigten Interesses hat der Besteller dem Lieferer unverzüglich die zur Geltendmachung seiner Rechte gegen den Kunden erforderlichen Auskünfte zu erteilen und die erforderlichen Unterlagen auszuhändigen.

7. Bei Pflichtverletzungen des Bestellers, insbesondere bei Zahlungsverzug, ist der Lieferer nach erfolglosem Ablauf einer dem Besteller gesetzten angemessenen Frist zur Leistung neben der Rücknahme auch zum Rücktritt berechtigt; die gesetzlichen Bestimmungen über die Entbehrlichkeit einer Fristsetzung bleiben unberührt. Der Besteller ist zur Herausgabe verpflichtet. In der Rücknahme bzw. der Geltendmachung des Eigentumsvorbehalts oder der Pfändung der Vorbehaltsware durch den Lieferer liegt kein Rücktritt vom Vertrag, es sei denn, der Lieferer hätte dies ausdrücklich erklärt.

IV. Fristen für Lieferungen; Verzug

1. Die Einhaltung von Fristen für Lieferungen setzt den rechtzeitigen Eingang sämtlicher vom Besteller zu liefernden Unterlagen, erforderlichen Genehmigungen und Freigaben, insbesondere von Plänen, sowie die Einhaltung der vereinbarten Zahlungsbedingungen und sonstigen Verpflichtungen durch den Besteller voraus. Werden diese Voraussetzungen nicht rechtzeitig erfüllt, so verlängern sich die Fristen angemessen; dies gilt nicht, wenn der Lieferer die Verzögerung zu vertreten hat.

2. Ist die Nichteinhaltung der Fristen zurückzuführen auf

- a) höhere Gewalt, z. B. Mobilmachung, Krieg, Terrorakte, Aufruhr, oder ähnliche Ereignisse (z. B. Streik, Aussperrung),
- b) Virus- und sonstige Angriffe Dritter auf das IT-System des Lieferers, soweit diese trotz Einhaltung der bei Schutzmaßnahmen üblichen Sorgfalt erfolgten,
- c) Hindernisse aufgrund von deutschen, US-amerikanischen sowie sonstigen anwendbaren nationalen, EU- oder internationalen Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts oder aufgrund sonstiger Umstände, die vom Lieferer nicht zu vertreten sind, oder
- d) nicht rechtzeitige oder ordnungsgemäße Belieferung des Lieferers, verlängern sich die Fristen angemessen.

3. Kommt der Lieferer in Verzug, kann der Besteller - sofern er glaubhaft macht, dass ihm hieraus ein Schaden entstanden ist - eine Entschädigung für jede vollendete Woche des Verzuges von je 0,5%, insgesamt jedoch höchstens 5% des Preises für den Teil der Lieferungen verlangen, der wegen des Verzuges nicht zweckdienlich verwendet werden konnte.

4. Sowohl Schadensersatzansprüche des Bestellers wegen Verzögerung der Lieferung als auch Schadensersatzansprüche statt der Leistung, die über die in Nr. 3 genannten Grenzen hinausgehen, sind in allen Fällen verzögerter Lieferung, auch nach Ablauf einer dem Lieferer etwa gesetzten Frist zur Lieferung, ausgeschlossen. Dies gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit gehaftet wird. Vom Vertrag kann der Besteller im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen nur zurücktreten, soweit die Verzögerung der Lieferung vom Lieferer zu vertreten ist. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.

5. Der Besteller ist verpflichtet, auf Verlangen des Lieferers innerhalb einer angemessenen Frist zu erklären, ob er wegen der Verzögerung der Lieferung vom Vertrag zurücktritt oder auf der Lieferung besteht.

6. Werden Versand oder Zustellung auf Wunsch des Bestellers um mehr als einen Monat nach Anzeige der Versandbereitschaft verzögert, kann dem Besteller für jeden weiteren angefangenen Monat Lagergeld in Höhe von 0,5% des Preises der Gegenstände der Lieferungen, höchstens jedoch insgesamt 5%, berechnet werden. Der Nachweis höherer oder niedrigerer Lagerkosten bleibt den Vertragsparteien unbenommen.

V. Gefahrübergang

1. Die Gefahr geht auch bei frachtfreier Lieferung wie folgt auf den Besteller über:

- a) bei Lieferung ohne Aufstellung oder Montage, wenn sie zum Versand gebracht oder abgeholt worden ist. Auf Wunsch und Kosten des Bestellers wird die Lieferung vom Lieferer gegen die üblichen Transportrisiken versichert;
- b) bei Lieferung mit Aufstellung oder Montage am Tage der Übernahme in eigenen Betrieb oder, soweit vereinbart, nach erfolgreichem Probetrieb.

2. Wenn der Versand, die Zustellung, der Beginn, die Durchführung der Aufstellung oder Montage, die Übernahme in eigenen Betrieb oder der Probetrieb aus vom Besteller zu vertretenden Gründen verzögert wird oder der Besteller aus sonstigen Gründen in Annahmeverzug kommt, so geht die Gefahr auf den Besteller über.

VI. Aufstellung und Montage

Für die Aufstellung und Montage gelten, soweit nichts anderes schriftlich vereinbart ist, folgende Bestimmungen:

1. Der Besteller hat auf seine Kosten zu übernehmen und rechtzeitig zu stellen:

- a) alle Erd-, Bau- und sonstigen branchenfremden Nebearbeiten einschließlich der dazu benötigten Fach- und Hilfskräfte, Baustoffe und Werkzeuge,
- b) die zur Montage und Inbetriebsetzung erforderlichen Bedarfsgegenstände und -stoffe, wie Gerüste, Hebezeuge und andere Vorrichtungen, Brennstoffe und Schmiermittel,
- c) Energie und Wasser an der Verwendungsstelle einschließlich der Anschlüsse, Heizung und Beleuchtung, d) bei der Montagestelle für die Aufbewahrung der Maschinenteile, Apparaturen, Materialien, Werkzeuge usw. genügend große, geeignete, trockene und verschleißbare Räume und für das Montagepersonal angemessene Arbeits- und Aufenthaltsräume einschließlich den Umständen angemessener sanitärer Anlagen; im Übrigen hat der Besteller zum Schutz des Besitzes des Lieferers und des Montagepersonals auf der Baustelle die Maßnahmen zu treffen, die er zum Schutz des eigenen Besitzes ergreifen würde,
- d) Schutzkleidung und Schutzvorrichtungen, die infolge besonderer Umstände der Montagestelle erforderlich sind. Vor Beginn der Montagearbeiten hat der Besteller die nötigen Angaben über die Lage verdeckt geführter Strom-, Gas-, Wasserleitungen oder ähnlicher Anlagen sowie die erforderlichen statischen Angaben unaufgefordert zur Verfügung zu stellen.

2. Vor Beginn der Aufstellung oder Montage müssen sich die für die Aufnahme der Arbeiten erforderlichen Beistellungen und Gegenstände an der Aufstellungs- oder Montagestelle befinden und alle Vorarbeiten vor Beginn des Aufbaues soweit fortgeschritten sein, dass die Aufstellung oder Montage vereinbarungsgemäß begonnen und ohne Unterbrechung durchgeführt werden kann. Anfahrwege und der Aufstellungs- oder Montageplatz müssen geebnet und geräumt sein.

3. Verzögern sich die Aufstellung, Montage oder Inbetriebnahme durch nicht vom Lieferer zu vertretende Umstände, so hat der Besteller in angemessenem Umfang die Kosten für Wartezeit und zusätzlich erforderliche Reisen des Lieferers oder des Montagepersonals zu tragen.

4. Der Besteller hat dem Lieferer wöchentlich die Dauer der Arbeitszeit des Montagepersonals sowie die Beendigung der Aufstellung, Montage oder Inbetriebnahme unverzüglich zu bescheinigen.

5. Verlangt der Lieferer nach Fertigstellung die Abnahme der Lieferung, so hat sie der Besteller innerhalb von zwei Wochen vorzunehmen. Der Abnahme steht es gleich, wenn der Besteller die Zweiwochenfrist verstreichen lässt oder wenn die Lieferung - gegebenenfalls nach Abschluss einer vereinbarten Testphase - in Gebrauch genommen worden ist.

VII. Entgegennahme

Der Besteller darf die Entgegennahme von Lieferungen wegen unerheblicher Mängel nicht verweigern.

VIII. Sachmängel

Für Sachmängel haftet der Lieferer wie folgt:

1. Alle diejenigen Teile oder Leistungen sind nach Wahl des Lieferers unentgeltlich nachzubessern, neu zu liefern oder neu zu erbringen, die einen Sachmangel aufweisen, sofern dessen Ursache bereits im Zeitpunkt des Gefahrübergangs vorlag.

2. Ansprüche auf Nacherfüllung verjähren in 12 Monaten ab gesetzlichem Verjährungsbeginn; Entsprechendes gilt für Rücktritt und Minderung. Diese Frist gilt nicht, soweit das Gesetz gemäß §§ 438 Abs. 1 Nr. 2 (Bauwerke und Sachen für Bauwerke), 479 Abs. 1 (Rückgriffsanspruch) und 634a Abs. 1 Nr. 2 (Baumängel) BGB längere Fristen vorschreibt, bei Vorsatz, arglistigem Verschweigen des Mangels sowie bei Nichteinhaltung einer Beschaffenheitsgarantie. Die gesetzlichen Regelungen über Ablaufhemmung, Hemmung und Neubeginn der Fristen bleiben unberührt.

3. Mängelrügen des Bestellers haben unverzüglich schriftlich zu erfolgen.

4. Bei Mängelrügen dürfen Zahlungen des Bestellers in einem Umfang zurückbehalten werden, die in einem angemessenen Verhältnis zu den aufgetretenen Sachmängeln stehen. Der Besteller kann Zahlungen nur

zurückbehalten, wenn eine Mängelrüge geltend gemacht wird, über deren Berechtigung kein Zweifel bestehen kann. Ein Zurückbehaltungsrecht des Bestellers besteht nicht, wenn seine Mängelansprüche verjährt sind. Erfolgte die Mängelrüge zu Unrecht, ist der Lieferer berechtigt, die ihm entstandenen Aufwendungen vom Besteller ersetzt zu verlangen.

5. Dem Lieferer ist Gelegenheit zur Nacherfüllung innerhalb angemessener Frist zu gewähren.
6. Schlägt die Nacherfüllung fehl, kann der Besteller - unbeschadet etwaiger Schadensersatzansprüche gemäß Nr. 10 - vom Vertrag zurücktreten oder die Vergütung mindern.
7. Mängelansprüche bestehen nicht bei nur unerheblicher Abweichung von der vereinbarten Beschaffenheit, bei nur unerheblicher Beeinträchtigung der Brauchbarkeit, bei natürlicher Abnutzung oder Schäden, die nach dem Gefahrübergang infolge fehlerhafter oder nachlässiger Behandlung, übermäßiger Beanspruchung, ungeeigneter Betriebsmittel, mangelhafter Bauarbeiten, ungeeigneten Baugrundes oder die aufgrund besonderer äußerer Einflüsse entstehen, die nach dem Vertrag nicht vorausgesetzt sind, sowie bei nicht reproduzierbaren Softwarefehlern. Werden vom Besteller oder von Dritten unsachgemäß Änderungen oder Instandsetzungsarbeiten vorgenommen, so bestehen für diese und die daraus entstehenden Folgen ebenfalls keine Mängelansprüche.
8. Ansprüche des Bestellers wegen der zum Zweck der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten sind ausgeschlossen, soweit diese Aufwendungen im Verhältnis zum Wert der mangelhaften Sache in einem unangemessenen Verhältnis stehen. Ansprüche des Bestellers wegen der erforderlichen Aufwendungen für das Entfernen der mangelhaften und den Einbau oder das Anbringen der nachgebesserten oder gelieferten mangelfreien Sache sind ausgeschlossen, sofern dessen Abnehmer oder ein weiterer Endabnehmer in der Lieferkette die mangelhafte Sache gemäß ihrer Art und ihrem Verwendungszweck in eine andere Sache eingebaut oder an eine andere Sache angebracht hat, soweit diese Aufwendungen im Verhältnis zum Wert der mangelhaften Sache in einem unangemessenen Verhältnis stehen. Ein unangemessenes Verhältnis der Aufwendungen zum Wert der mangelhaften Sache ist in der Regel gegeben, wenn die Aufwendungen den Wert der Sache um mehr als 100 % übersteigen. Der Lieferer trägt die zum Zwecke der Nacherfüllung notwendigen Aufwendungen unbeschadet der vorstehenden Regelungen jedenfalls nur dann, wenn tatsächlich ein Sachmangel vorliegt.
9. Die Regelung der vorstehenden Ziffer 8 gilt auch für Rückgriffsansprüche des Bestellers gemäß § 445a BGB, wenn dieser von einem Abnehmer auf Ersatz von Nacherfüllungskosten in Anspruch genommen wird.
10. Schadensersatzansprüche des Bestellers wegen eines Sachmangels sind ausgeschlossen. Dies gilt nicht bei arglistigem Verschweigen des Mangels, bei Nichteinhaltung einer Beschaffenheitsgarantie, bei Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit und bei einer vorsätzlichen oder grob fahrlässigen Pflichtverletzung des Lieferers. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden. Weitergehende oder andere als in diesem Art. VIII geregelten Ansprüche des Bestellers wegen eines Sachmangels sind ausgeschlossen.

IX. Gewerbliche Schutzrechte und Urheberrechte; Rechtsmängel

1. Sofern nicht anders vereinbart, ist der Lieferer verpflichtet, die Lieferung lediglich im Land des Lieferorts frei von gewerblichen Schutzrechten und Urheberrechten Dritter (im Folgenden: Schutzrechte) zu erbringen. Sofern ein Dritter wegen der Verletzung von Schutzrechten durch vom Lieferer erbrachte, vertragsgemäß genutzte Lieferungen gegen den Besteller berechnete Ansprüche erhebt, haftet der Lieferer gegenüber dem Besteller innerhalb der in Art. VIII Nr. 2 bestimmten Frist wie folgt: a) Der Lieferer wird nach seiner Wahl auf seine Kosten für die betreffenden Lieferungen entweder ein Nutzungsrecht erwirken, sie so ändern, dass das Schutzrecht nicht verletzt wird, oder austauschen. Ist dies dem Lieferer nicht zu angemessenen Bedingungen möglich, stehen dem Besteller die gesetzlichen Rücktritts- oder Minderungsrechte zu.
 - a) Die Pflicht des Lieferers zur Leistung von Schadensersatz richtet sich nach Art. XII.
 - b) Die vorstehend genannten Verpflichtungen des Lieferers bestehen nur, soweit der Besteller den Lieferer über die vom Dritten geltend gemachten

Ansprüche unverzüglich schriftlich verständigt, eine Verletzung nicht anerkennt und dem Lieferer alle Abwehrmaßnahmen und Vergleichsverhandlungen vorbehalten bleiben. Stellt der Besteller die Nutzung der Lieferung aus Schadensminderungs- oder sonstigen wichtigen Gründen ein, ist er verpflichtet, den Dritten darauf hinzuweisen, dass mit der Nutzungseinstellung kein Anerkenntnis einer Schutzrechtsverletzung verbunden ist.

2. Ansprüche des Bestellers sind ausgeschlossen, soweit er die Schutzrechtsverletzung zu vertreten hat.
3. Ansprüche des Bestellers sind ferner ausgeschlossen, soweit die Schutzrechtsverletzung durch spezielle Vorgaben des Bestellers, durch eine vom Lieferer nicht voraussehbare Anwendung oder dadurch verursacht wird, dass die Lieferung vom Besteller verändert oder zusammen mit nicht vom Lieferer gelieferten Produkten eingesetzt wird.
4. Im Falle von Schutzrechtsverletzungen gelten für die in Nr.1a) geregelten Ansprüche des Bestellers im Übrigen die Bestimmungen des Art. VIII Nr. 4, 5 und 9 entsprechend.
5. Bei Vorliegen sonstiger Rechtsmängel gelten die Bestimmungen des Art. VIII entsprechend.
6. Weitergehende oder andere als die in diesem Art. IX geregelten Ansprüche des Bestellers gegen den Lieferer und dessen Erfüllungsgehilfen wegen eines Rechtsmangels sind ausgeschlossen.

X. Erfüllungsvorbehalt

1. Die Vertragserfüllung steht unter dem Vorbehalt, dass keine Hindernisse aufgrund von deutschen, US- amerikanischen sowie sonstigen anwendbaren nationalen, EU- oder internationalen Vorschriften des Außenwirtschaftsrechts sowie keine Embargos oder sonstige Sanktionen entgegenstehen.
2. Der Besteller ist verpflichtet, alle Informationen und Unterlagen beizubringen, die für die Ausfuhr, Verbringung bzw. Einfuhr benötigt werden.

XI. Unmöglichkeit, Vertragsanpassung

1. Soweit die Lieferung unmöglich ist, ist der Besteller berechtigt, Schadensersatz zu verlangen, es sei denn, dass der Lieferer die Unmöglichkeit nicht zu vertreten hat. Jedoch beschränkt sich der Schadensersatzanspruch des Bestellers auf 10% des Wertes desjenigen Teils der Lieferung, der wegen der Unmöglichkeit nicht zweckdienlich verwendet werden kann. Diese Beschränkung gilt nicht, soweit in Fällen des Vorsatzes, der groben Fahrlässigkeit oder wegen der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit gehaftet wird; eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist hiermit nicht verbunden. Das Recht des Bestellers zum Rücktritt vom Vertrag bleibt unberührt.
2. Sofern Ereignisse im Sinne von Art. IV Nr. 2 a) bis c) die wirtschaftliche Bedeutung oder den Inhalt der Lieferung erheblich verändern oder auf den Betrieb des Lieferers erheblich einwirken, wird der Vertrag unter Beachtung von Treu und Glauben angemessen angepasst. Soweit dies wirtschaftlich nicht vertretbar ist, steht dem Lieferer das Recht zu, vom Vertrag zurückzutreten. Gleiches gilt, wenn erforderliche Ausfuhrgenehmigungen nicht erteilt werden oder nicht nutzbar sind. Will er von diesem Rücktrittsrecht Gebrauch machen, so hat er dies nach Erkenntnis der Tragweite des Ereignisses unverzüglich dem Besteller mitzuteilen und zwar auch dann, wenn zunächst mit dem Besteller eine Verlängerung der Lieferzeit vereinbart war.

XII. Sonstige Schadensersatzansprüche

1. Soweit nicht anderweitig in diesen GL geregelt, sind Schadensersatzansprüche des Bestellers, gleich aus welchem Rechtsgrund, insbesondere wegen Verletzung von Pflichten aus dem Schuldverhältnis und aus unerlaubter Handlung, ausgeschlossen.
 2. Dies gilt nicht, soweit wie folgt gehaftet wird:
 - a) nach dem Produkthaftungsgesetz,
 - b) bei Vorsatz,

- c) bei grober Fahrlässigkeit von Inhabern, gesetzlichen Vertretern oder leitenden Angestellten,
- d) bei Arglist,
- e) bei Nichteinhaltung einer übernommenen Garantie,
- f) wegen der schuldhaften Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit, oder
- g) wegen der schuldhaften Verletzung wesentlicher Vertragspflichten.

Der Schadensersatzanspruch für die Verletzung wesentlicher Vertragspflichten ist jedoch auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden begrenzt, soweit nicht ein anderer der vorgenannten Fälle vorliegt.

3. Eine Änderung der Beweislast zum Nachteil des Bestellers ist mit den vorstehenden Regelungen nicht verbunden.

XIII. Gerichtsstand und anwendbares Recht

Lxpro GmbH ist eine Marke der lxpro GmbH

1. Sofern es sich beim Vertragspartner der lxpro GmbH um einen Kaufmann, eine juristische Person des öffentlichen Rechts oder um ein öffentlich-rechtliches Sondervermögen handelt, ist Gerichtsstand für alle Streitigkeiten aus Vertragsverhältnissen der Sitz der lxpro GmbH. Die lxpro GmbH ist gleichwohl berechtigt, am Sitz des Vertragspartners zu klagen.

2. Dieser Vertrag bleibt auch bei rechtlicher Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen in seinen übrigen Teilen verbindlich. Dies gilt nicht, wenn das Festhalten an dem Vertrag eine unzumutbare Härte für eine Partei darstellen würde.

XIV. Verbindlichkeit des Vertrages

Der Vertrag bleibt auch bei rechtlicher Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen in seinen übrigen Teilen verbindlich. Das gilt nicht, wenn das Festhalten an dem Vertrag eine unzumutbare Härte für eine Partei darstellen würde.

I. General provisions

1. These General Terms and Conditions apply exclusively to the legal relationships between the supplier and the customer in connection with the deliveries and/or services of the supplier (hereinafter: deliveries). The customer's general terms and conditions only apply to the extent that the supplier has expressly agreed to them in writing. The scope of the deliveries is determined by the mutual written declarations.

2. The supplier reserves all property and copyright rights to cost estimates, drawings and other documents (hereinafter referred to as documents). The documents may only be made accessible to third parties with the prior consent of the supplier and, if the order is not placed with the supplier, must be returned to the supplier immediately upon request. Sentences 1 and 2 apply accordingly to the customer's documents; however, these may be made accessible to third parties to whom the supplier has legitimately transferred deliveries.

3. The lighting documentation provided is based on the construction drawings provided to us. lxpro GmbH does not undertake a collision check, nor is the company obliged to check the correctness or completeness. This means that all Dimensions must be checked on site. The assembling companies must report any deviations to the client's construction management. Discrepancies must be clarified between the fitters and the construction management. This documentation does not count as implementation planning.

The lighting concept is the intellectual property of lxpro GmbH. Its authorship is legally protected. The concept may not be copied or reproduced in any other way without the express written permission of lxpro GmbH. Furthermore, it is prohibited to make it accessible to third parties in any form without the prior consent of lxpro GmbH.

The load-bearing capacity of the on-site ceiling construction must be suitable for lxpro GmbH products. The necessary information can be found in the installation instructions. The client is responsible for checking this. The appointed installer is responsible for ensuring that the lights used are correctly aligned.

4. The customer has the non-exclusive right to use standard software and firmware with the agreed performance characteristics in an unchanged form on the agreed devices. The customer may make a backup copy of the standard software without an express agreement.

5. Partial deliveries are permissible as long as they are reasonable for the customer.

6. The term "claims for damages" in these General Terms and Conditions also includes claims for reimbursement of wasted expenditure.

II. Prices, payment terms and offsetting

1. Prices are ex works excluding packaging plus the applicable statutory value added tax.

2. If the Supplier has undertaken the installation or assembly and nothing else has been agreed, the Purchaser shall bear, in addition to the agreed remuneration, all necessary incidental costs such as travel and transport costs as well as allowances.

3. Payments are to be made free to the supplier's payment office.

4. The customer may only offset claims that are undisputed or legally established.

III. Retention of title

1. The items of the deliveries (reserved goods) remain the property of the supplier until all claims against the customer arising from the business relationship have been fulfilled. To the extent that the value of all Security rights to which the supplier is entitled, the amount of all secured claims by more than 20%, the supplier will, at the request of the

Purchaser may release a corresponding portion of the security rights; the Supplier shall have the right to choose between different security rights when making the release.

2. During the period of retention of title, the purchaser is entitled to Pledging or transfer of ownership by way of security is prohibited and resale is permitted only to resellers in the ordinary course of business and only on condition that the reseller receives payment from its customer or makes the reservation that ownership will not pass to the customer until the customer has fulfilled its payment obligations.

3. If the customer resells the reserved goods, he hereby assigns his future claims from the resale against his customers with all ancillary rights - including any balance claims - to the supplier as security, without the need for any further special declarations. If the reserved goods are sold together with other items without the retention of title being transferred to the reserved goods. If no individual price has been agreed, the Purchaser shall assign to the Supplier that part of the total price claim which corresponds to the price of the reserved goods invoiced by the Supplier.

4. a) The customer is permitted to process the reserved goods or to mix or combine them with other items. The processing is carried out for the supplier. The customer will store the new item created for the supplier with the care of a prudent businessman. The new item is considered to be reserved goods.

b) The supplier and the purchaser already agree that if the goods are combined or mixed with other items not belonging to the supplier, the supplier shall in any case be entitled to co-ownership of the new item in the amount that results from the ratio of the value of the combined or mixed reserved goods to the value of the remaining goods at the time of combination or mixing. The new item shall in this respect be deemed to be reserved goods.

c) The provision on the assignment of claims under No. 3 also applies to the new item. However, the assignment only applies up to the amount that corresponds to the value of the processed, combined or mixed reserved goods invoiced by the supplier.

d) If the customer combines the reserved goods with real estate or movable property, he shall also assign, without the need for any further special declarations, his claim which is due to him as compensation for the connection, together with all ancillary rights, to the Supplier as security in the ratio of the value of the combined reserved goods to the other combined goods at the time of connection.

5. Until revoked, the purchaser is entitled to collect assigned claims from the resale. If there is an important reason, in particular in the event of late payment, cessation of payment, opening of insolvency proceedings, protest of a bill of exchange or justified indications of over-indebtedness or impending insolvency of the purchaser, the supplier is entitled to revoke the collection authorization of the

Furthermore, the supplier may, after prior After giving reasonable notice, the Purchaser may disclose the assignment of security, realize the assigned claims and demand that the Purchaser disclose the assignment of security to the Customer.

6. In the event of seizures, confiscations or other dispositions or interventions by third parties, the customer must notify the supplier immediately. If a legitimate interest can be demonstrated, the customer must immediately provide the supplier with the information required to assert its rights against the customer and hand over the necessary documents.

7. In the event of a breach of duty by the customer, in particular in the event of late payment, the supplier is entitled to withdraw from the contract in addition to taking back the goods after the expiry of a reasonable deadline set for the customer; the statutory provisions on the dispensability of setting a deadline remain unaffected. The customer is obliged to hand them over. Taking back or asserting the retention of title or seizing the reserved goods by the supplier does not constitute withdrawal from the contract unless the supplier has expressly declared this.

IV . Deadlines for deliveries; delay

1. Compliance with delivery deadlines requires the timely Receipt of all documents to be provided by the customer, necessary Approvals and releases, particularly for plans, as well as compliance with the agreed payment terms and other obligations by the customer. If these

requirements are not met in a timely manner, the deadlines will be extended accordingly; this does not apply if the supplier is responsible for the delay.

2. If non-compliance with the deadlines is due to

a) force majeure, e.g. mobilisation, war, acts of terrorism, riots or similar events (e.g. strikes, lockouts),

b) Viruses and other attacks by third parties on the supplier's IT system, insofar as these occurred despite compliance with the usual care in protective measures,

c) Obstacles due to German, US or other applicable national, EU or international foreign trade law provisions or due to other circumstances beyond the control of Supplier is not responsible, or

d) If the supplier fails to deliver on time or properly, the deadlines shall be extended accordingly.

3. If the supplier is in default, the customer can - provided he can credibly demonstrate that he has suffered damage as a result - demand compensation for each completed week of delay of 0.5%, but not more than 5% of the price for that part of the deliveries which could not be used for its intended purpose due to the delay.

4. Both claims for damages by the purchaser due to delay in delivery and claims for damages instead of performance that exceed the limits set out in No. 3 are excluded in all cases of delayed delivery, even after expiry of a deadline set for the supplier to deliver. This does not apply in cases of liability is assumed for intent, gross negligence or for injury to life, body or health. The purchaser may only withdraw from the contract within the framework of the statutory provisions if the delay in delivery is the responsibility of the supplier. The above provisions do not involve a change in the burden of proof to the detriment of the purchaser.

5. At the request of the supplier, the purchaser is obliged to declare within a reasonable period of time whether he withdraws from the contract due to the delay in delivery or insists on delivery.

6. If dispatch or delivery is delayed at the request of the customer for more than one month after notification of readiness for dispatch, the customer may be charged storage fees of 0.5% of the price of the items being delivered for each additional month or part thereof, up to a maximum of 5% in total. The contracting parties are free to provide evidence of higher or lower storage costs.

V. Transfer of risk

1. Even in the case of carriage-paid delivery, the risk shall pass to the purchaser as follows:

a) in the case of delivery without installation or assembly, when it has been dispatched or collected. At the request and expense of the customer, the delivery will be insured by the supplier against the usual transport risks;

b) in the case of delivery with installation or assembly, on the day of acceptance into the company's own premises or, if agreed, after successful trial operation.

2. If the dispatch, delivery, commencement, execution of the If installation or assembly, the acceptance into the customer's own company or the trial operation is delayed for reasons for which the customer is responsible or if the customer is in default of acceptance for other reasons, the risk shall pass to the customer.

VI. Installation and assembly

Unless otherwise agreed in writing, the following provisions apply to installation and assembly:

1. The purchaser must take over and provide in a timely manner at his own expense:

a) all earthworks, construction work and other ancillary work outside the industry, including the necessary skilled and unskilled workers, building materials and tools,

(b) the supplies and materials required for assembly and commissioning, such as scaffolding, lifting gear and other equipment, fuels and lubricants,

c) energy and water at the place of use, including connections, heating and lighting, d) at the assembly site, sufficiently large, suitable, dry and lockable rooms for the storage of machine parts, equipment, materials, tools, etc. and appropriate work and rest rooms for the assembly personnel, including sanitary facilities appropriate to the circumstances; in addition, the customer must protect the property of the supplier and the assembly personnel on the construction site to take the measures necessary to protection of one's own property,

d) Protective clothing and protective devices that are required due to special circumstances at the installation site. Before the start of the installation work, the customer must provide the necessary information about the location of concealed electricity, gas, water pipes or similar systems as well as the necessary static information without being asked to do so.

2. Before the start of installation or assembly, the supplies and items required to start the work must be at the installation or assembly site and all preparatory work must have progressed sufficiently before the start of construction so that the installation or assembly can begin as agreed and be carried out without interruption. Access routes and the installation or assembly site must be level and cleared.

3. If the installation, assembly or commissioning is delayed due to circumstances beyond the control of the Supplier, the Purchaser shall bear the costs of waiting time and additional travel required by the Supplier or the assembly personnel to a reasonable extent.

4. The Purchaser shall promptly provide the Supplier with weekly confirmation of the duration of the assembly personnel's working hours and the completion of installation, assembly or commissioning.

5. If the supplier requests acceptance of the delivery after completion, the customer must do so within two weeks. Acceptance shall be deemed to have taken place if the customer allows the two-week period to expire or if the delivery has been put into use - possibly after completion of an agreed test phase.

VII. Acceptance

The purchaser may not refuse to accept deliveries due to minor defects.

VIII. Material defects

The supplier is liable for material defects as follows:

1. All parts or services which exhibit a material defect shall, at the Supplier's discretion, be repaired, replaced or provided again free of charge, provided that the cause of the defect already existed at the time of transfer of risk.

2. Claims for subsequent performance shall expire within 12 months from the statutory

The same applies to withdrawal and reduction. This

This deadline does not apply if the law according to §§ 438 para. 1 no. 2 (buildings and items for buildings), 479 para. 1 (right of recourse) and 634a para. 1 no.

2 (construction defects) BGB prescribes longer periods in case of intent, fraudulent

Concealment of the defect as well as non-compliance with a Guarantee of quality. The statutory provisions on suspension of expiry, interruption and restart of the time limits remain unaffected.

3. Any complaints regarding defects by the customer must be made immediately in writing.

4. In the event of complaints about defects, the purchaser may retain payments to an extent that is in reasonable proportion to the defects that have occurred. The purchaser may only retain payments if a complaint about defects is made that cannot be doubted as to its legitimacy. The purchaser has no right of retention if his claims for defects have expired. If the complaint about defects was made unjustly, the supplier is entitled to demand reimbursement of the costs incurred from the purchaser.

5. The supplier must be given the opportunity to remedy the defect within a reasonable period of time.
6. If the subsequent performance fails, the customer may - without prejudice to any claims for damages pursuant to No. 10 - withdraw from the contract or reduce the remuneration.
7. Claims for defects do not apply in the case of only insignificant deviations from the agreed quality, in the case of only insignificant impairment of usability, in the case of natural wear and tear or damage that occurs after the transfer of risk as a result of incorrect or negligent handling, excessive use, unsuitable operating materials, defective construction work, unsuitable building ground or that occurs due to special external influences that are not assumed under the contract, as well as in the case of non-reproducible software errors. If the customer or third parties make improper changes or repairs, there are also no claims for defects for these and the resulting consequences.
8. Claims by the customer for expenses required for the purpose of subsequent performance, in particular transport, travel, labour and material costs, are excluded insofar as these expenses are disproportionate to the value of the defective item.
- Claims by the customer for the necessary expenses for removing the defective item and installing or attaching the repaired or delivered defect-free item are excluded if its customer or another end user in the supply chain has installed the defective item in another item or attached it to another item in accordance with its type and intended use, insofar as these expenses are disproportionate to the value of the defective item. An disproportionate relationship between the expenses and the value of the defective item is generally given if the expenses exceed the value of the item by more than 100%. Notwithstanding the above provisions, the supplier shall bear the expenses necessary for the purpose of subsequent performance only if a material defect actually exists.
9. The provisions of the above paragraph 8 also apply to the purchaser's recourse claims pursuant to Section 445a of the German Civil Code (BGB), if a customer makes a claim against the purchaser for reimbursement of subsequent performance costs.
10. Claims for damages by the purchaser due to a material defect are excluded. This does not apply in the case of fraudulent concealment of the defect, non-compliance with a guarantee of quality, injury to life, body or health and in the case of an intentional or grossly negligent breach of duty by the supplier. A change in the
The above provisions do not impose a burden of proof to the detriment of the customer. Any further claims by the customer due to a material defect or claims other than those set out in this Article VIII are excluded.

IX. Industrial property rights and copyrights; defects of title

1. Unless otherwise agreed, the supplier is obliged to provide the delivery free of third-party industrial property rights and copyrights (hereinafter: property rights) only in the country of the place of delivery. If a third party makes justified claims against the customer due to the infringement of property rights by deliveries provided by the supplier and used in accordance with the contract, the supplier is liable to the customer within the period specified in Art. VIII No. 2 as follows: a) The supplier will, at its own discretion and at its own expense, either obtain a right of use for the deliveries in question, modify them so that the property right is not infringed, or replace them. If the supplier is unable to do this under reasonable conditions, the customer is entitled to the statutory rights of withdrawal or reduction.
- a) The Supplier's obligation to pay damages is governed by Article XII.
- b) The above-mentioned obligations of the Supplier shall only apply if the Purchaser informs the Supplier immediately in writing of the claims asserted by the third party, does not acknowledge an infringement and provides the Supplier with all defensive measures and Settlement negotiations remain reserved. If the customer provides the Use of the delivery for damage reduction or other important reasons, he is obliged to point out to the third party that the cessation of use does not constitute an acknowledgement of an infringement of intellectual property rights.
2. Claims by the customer are excluded to the extent that he is responsible for the infringement of intellectual property rights.

3. Claims by the customer are also excluded if the infringement of property rights is caused by special specifications of the customer, by an application that was not foreseeable by the supplier or by the delivery being modified by the customer or used together with products not supplied by the supplier.
4. In the event of infringements of property rights, the provisions of Art. VIII Nos. 4, 5 and 9 shall apply accordingly to the Purchaser's claims regulated in No. 1a).
5. If other legal defects exist, the provisions of Article VIII shall apply accordingly.
6. Any further claims of the Purchaser against the Supplier and its vicarious agents due to a legal defect or claims other than those regulated in this Article IX are excluded.

X. Reservation of performance

1. The performance of the contract is subject to the proviso that there are no obstacles due to German, US or other applicable national, EU or international foreign trade law provisions or embargoes or other sanctions.
2. The purchaser is obliged to provide all information and documents required for export, transfer or import.

XI. Impossibility, contract adjustment

3. If delivery is impossible, the customer is entitled to claim damages, unless the supplier has impossibility. However, the
The purchaser's claim for damages is limited to 10% of the value of that part of the delivery which cannot be used for its intended purpose due to the impossibility. This limitation does not apply in cases of intent, gross negligence or violation of the
Life, body or health; this does not involve a change in the burden of proof to the detriment of the customer. The customer's right to withdraw from the contract remains unaffected.
4. If events within the meaning of Art. IV No. 2 a) to c) affect the economic If the event significantly changes the meaning or content of the delivery or has a significant impact on the supplier's business, the contract will be appropriately adjusted in good faith. If this is not economically viable, the supplier has the right to withdraw from the contract. The same applies if the necessary export licenses are not issued or cannot be used. If the supplier wishes to exercise this right of withdrawal, he must inform the customer immediately after realizing the significance of the event, even if an extension of the delivery time was initially agreed with the customer.

XII. Other claims for damages

1. Unless otherwise provided in these General Terms and Conditions, Claims for damages by the customer, regardless of the legal basis, in particular due to breach of obligations arising from the contractual relationship and from tort, are excluded.
2. This does not apply to the extent that liability is as follows:
- h) under the Product Liability Act,
 - i) in case of intent,
 - j) in the event of gross negligence on the part of owners, legal representatives or senior employees,
 - k) in case of malice,
 - l) in case of non-compliance with a guarantee given,
 - m) due to culpable injury to life, body or Health, or
 - n) due to the culpable breach of essential contractual obligations.

However, the claim for damages for the breach of essential contractual obligations is limited to the damage typical for the contract and foreseeable, unless one of the other aforementioned cases applies.

3. The above provisions do not involve a change in the burden of proof to the detriment of the customer.

XIII. Jurisdiction and applicable law

Ledxon is a brand of the LEDXON Group, owned by lxpro GmbH

1. If the contractual partner of lxpro GmbH is a merchant, a legal entity under public law or a special fund under public law, the place of jurisdiction for all disputes arising from contractual relationships is the registered office of lxpro GmbH. The lxpro GmbH is nevertheless entitled to bring legal action at the registered office of the contractual partner.

2. This contract remains binding in its remaining parts even if individual provisions are legally invalid. This does not apply if adhering to the contract would represent an unreasonable hardship for one of the parties.

XIV. Binding nature of the contract

The contract remains valid even if individual provisions are legally invalid. provisions in its remaining parts are binding. This does not apply if adhering to the contract would represent an unreasonable hardship for one of the parties.

Status: 2025